IIIIII KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2219
KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 50**

Legislaturplan 2005-2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001-2005; Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SP/Grüne vom 28. Sep-tember 2005 (Ddl11)

---

1. Antragstext

Die Fraktion SP/Grüne beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Unter dem neuen politischen Schwerpunkt «öffentliche Sicherheit und Integration» soll als Wirkungsziel aufgenommen werden:

Wirkungsziel: Aktive Ausländerintegration
Priorität: 1
Massnahme:

- Integrationskonzept überarbeiten und umsetzen

2. Begründung (Antragstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkung

Unsere Vorbemerkungen allgemeiner Art und zur Bedeutung der in der Legislaturplanung vorgesehenen Massnahmen im Bereich der Sozialen Sicherheit, sowie zum Sozialbericht 2005 verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Antrag der Fraktion SP/Grüne vom 28. September 2005: Soziale Prävention. (RRB Nr. 2005/2217 vom 31. Oktober 2005).

3.2 Integration ausländischer Staatsangehöriger

Der Bereich Integration der ausländischen Wohnbevölkerung soll unter dem Bereich "soziale Sicher-heit" betrachtet werden.

Das Sozialgesetz als Teil der Legislaturplanung sieht denn auch in § 121 folgende Ziele vor:

Integration verlangt

a) von den ausländischen Staatsangehörigen, dass sie die geltenden Grundwerte und das demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung der Schweiz anerkennen und bereit sind, sich in die Gesellschaft der Schweiz zu integrieren;

b) von den schweizerischen Staatsangehörigen, dass sie sich mit andern Kulturen auseinanderzusetzen und die Integration offen und tolerant unterstützen.

c) [2] Integration bezweckt, zwischen schweizerischen Staatsangehörigen und ausländischen Staatsangehörigen mit rechtmässig und auf Dauer geregeltem Aufenthaltsstatus

d) ein friedliches, von gegenseitigem Respekt geprägtes Verständnis und Zusammenleben zu ermöglichen;

e) gleichberechtigte Teilhabe und Mitverantwortung am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft zu bewirken.

Die neugeschaffene "Plattform Integration" in Departement des Innern und die neu konstituierte Fachkommission Integration befasst sich mit konzeptionellen Arbeiten. Das Grundkonzept liegt vor; eine Bestandesaufnahme wird in Auftrag gegeben, über einzelne Massnahmen wird jeweils berichtet. Die Finanzierung ist Rahmen der vom Kantonsrat bewilligten Mitteln, beziehungsweise im Rahmen des Globalbudgets sichergestellt.

Damit wird gleichzeitig die vom Bundesrat unlängst beschlossene Aenderung zur "Integrationsverordnung" umgesetzt.

Das neu überarbeitete Leitbild und Konzept sei hier in der Kurzfassung vorgestellt:

b

bildung
beruf
beziehung
begegnung
bürgerrecht

Amt für soziale Sicherheit
Ambassadorenhof
4509 Solothurn
Tel. 032 627 223 11
mailto:aso@ddi.so.ch

Ausgangslage

Die in der Schweiz geltenden Grundwerte und die rechtsstaatlich-demokratische Rechtsordnung sind unverhandelbar.

Ziel

Integration soll zur **Beteiligung (Partizipation)** an allen gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen unserer Gesellschaft führen

Strategie

Die Strategie richtet sich nach folgenden Leitideen

- Immigranten und Immigrantinnen sind differenziert als selbstverantwortliche Menschen wahrzunehmen
- Die Ressourcen des Menschen sind schwergewichtig zu nutzen und zu fördern statt ihre Defizite auszugleichen
- Inländische und ausländische Staatsangehörige begegnen einander respektvoll und tolerant

Handlungsfelder - Faktoren

Integration wird hauptsächlich erreicht über die Beteiligung in folgenden fünf Handlungsfeldern

- Bildung
- Beruf
- Beziehungen
- Begegnungen
- Bürgerrecht

Konzept

Angebote enthalten Massnahmen und Leistungen, welche die Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz von Migranten und Migrantinnen fördern und den gegenseitigen Respekt und die gegenseitige Toleranz erhöhen über

- Sprache

- interkulturelle Pädagogik
- Arbeit
- interkulturellen und interreligiösen Dialog
- Gesundheitsförderung
- Einbürgerung
- Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- Beratung und Support
- Öffentlichkeitsarbeit

Partnerschaft
Integration gelingt nur, wenn inländische und ausländische Staatsangehörige und deren getrennte oder gemeinsame Vereine, Verbände, Organisationen, sowie Unternehmen, Kirche, Medien, Bund, Kanton und Gemeinden als gleichwertige Partner und Partnerinnen mitwirken.

Wirkungsorientierung
Der Kanton Solothurn steuert die Integrationsprozesse. Er reagiert auf wandelnde Bedürfnisse und fördert die Weiterentwicklung.

Der Kanton Solothurn wirkt darauf hin, dass die Integration bedarfsorientiert, wirkungsvoll und ökonomisch geschieht. Die Qualität der Leistungen wird systematisch überprüft.

3.3 Schlussfolgerung

Der Inhalt des beantragten Planungsbeschlusses ist stufengerecht in den integrierten Aufgaben- und Finanzplan aufzunehmen. Dies werden wir auch entsprechend vorschlagen.

4. Antrag des Regierungsrates

Ablehnung.

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Amt für soziale Sicherheit
Aktuarin Spezialkommission (scs)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat